

KARIN ROTH informiert zur Sache



30. Juni 2011

Bundestag beschließt Atomausstieg

Heute hat der Deutsche Bundestag über den Atomausstieg und die Gesetze zur Energiewende beschlossen. Die Position der SPD bündelt der **Entschließungsantrag „Energiewende zukunftsfähig gestalten“ (siehe Anlage)**. Die SPD-Bundestagsfraktion hat früh klar gemacht, dass beim Atomausstieg die richtige Weichenstellung für eine moderne Energieversorgung durch erneuerbare Energien besonders wichtig ist.

Die Energiewende zukunftsfähig gestalten

Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Entscheidung der Bundesregierung, aus der Atomenergie auszusteigen und sich im Wesentlichen am rot-grünen Ausstieg von 2000 zu orientieren. Der Ausstieg der rot-grünen Bundesregierung war rechtssicher, verfassungsfest, frei von Entschädigungsleistungen und wurde nicht beklagt. Dies muss nun auch für den jetzigen Ausstieg gelten. Außerdem muss der Ausstieg von einem Monitoring-Prozess begleitet werden, so dass er gegebenenfalls schneller vollzogen werden kann. Um für maximale Sicherheit in den weiter laufenden Kraftwerken zu sorgen, muss das aktualisierte kerntechnische Regelwerk unverzüglich in Kraft treten. Die Bundesregierung hat die Absicht erklärt, das noch in diesem Jahr zu tun. Außerdem fordern wir eine rasche gesetzliche Regelung der ergebnisoffenen Endlagersuche. Zu einer guten Energiewende gehört nicht nur, den falschen Pfad der Atomenergie zu verlassen, sondern auch, den richtigen Weg der erneuerbaren Energien einzuschlagen. Die EEG-Novelle (Erneuerbare-Energien-Gesetz) der Bundesregierung wird dem nicht gerecht. Die Förderung erneuerbarer Energien wird schlechter und teurer, da die enthaltenen Mechanismen den Marktbedürfnissen nicht entsprechen. Insbesondere wird das Grünstromprivileg außer Kraft gesetzt. Beim Grünstromprivileg erhalten Erzeuger von erneuerbaren Energien durch Umlagezahlungen einen Anreiz zur Wirtschaftlichkeit. Die SPD fordert von der Regierung, dieses Prinzip beizubehalten. Die EEG-Novelle der Bundesregierung weist weitere erhebliche Mängel auf, die beseitigt werden müssen. Insgesamt geht der Regierungsvorschlag nicht weit genug. Die Zielsetzung muss 45 Prozent statt 35 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2020 lauten. Darüber hinaus ergreift die Bundesregierung in der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes unzureichende Maßnahmen, um den stromintensiven Industrien auch in den nächsten Jahren eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu ermöglichen. Diese Branchen sind Grundlage für den Erhalt der gesamten Wertschöpfungskette in Deutschland. Sie sind Garant für viele Arbeitsplätze. Sie müssen international wettbewerbsfähig sein. Wir brauchen deshalb Lösungsmöglichkeiten wie eine angemessene Vergütung der durch stromintensive Industrien bereitgestellten und von den Netzbetreibern genutzten zu- und abschaltbaren Lasten und ein bezahlbares Angebot für Betriebe, die auf Grundlaststrom angewiesen sind. Beim Thema Netzausbau scheitert die Bundesregierung an ihrem Ziel eines beschleunigten Ausbaus. Die SPD fordert, dass in Abstimmung mit den Ländern eine frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung stattfindet. Die Diskussion um Stuttgart 21 zeigt: Transparenz und Beteiligung bei konkreten Leitungsbauprojekten steigert die Akzeptanz bei den Bürgern, verhindert Widerstand und führt deshalb letztlich zu besseren und schnelleren Ergebnissen. Nur bei Einbeziehung der Länder können grenzüberschreitenden Projekte effektiv koordiniert werden. Weiterhin will die Regierung Veränderungen am Energie- und Klimafonds vornehmen. Die Förderung von Elektromobilität, energetischer Gebäudesanierung und die Förderung energieintensiver Unternehmen soll durch den Fonds bedient werden. Der Fonds wird dabei zur Alibimaßnahme der Regierung und wird durch seine Unterfinanzierung und falsche Ausgestaltung keines seiner Ziele erreichen. Wir fordern, die genannten Förderungen in angemessener Höhe zu finanzieren. In puncto energetische Sanierung von Wohngebäuden fordern wir eine Verstärkung der Förderung in Höhe von mindestens 2 Mrd. Euro, um eine Steigerung der Sanierungsquote zu erreichen. Es darf außerdem keine übermäßige Kostenbelastung der Mieter geben.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

Beschleunigte Stilllegung von Atomkraftwerken – Energiewende jetzt!

Die Atomkatastrophe in Fukushima hat noch einmal dramatisch vor Augen geführt, dass die Risiken durch die ältesten deutschen Atomkraftwerke nicht tragbar sind. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Gesetzentwurf die dauerhafte Stilllegung der ältesten Atomkraftwerke auch nach Ablauf des Moratoriums gefordert. Dies betrifft konkret die Reaktoren Biblis A und B, Neckarwestheim 1, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser und Philippsburg 1 sowie des AKW Krümmel. Die Sicherheitsstandards für die restlichen AKWs müssen neu bewertet und angepasst werden, um größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten.

Transparenz bei Rückstellungen im Kernenergiebereich schaffen

Für die verbleibenden Risiken aus den weiter laufenden Atomkraftwerken müssen von den Betreibern Rückstellungen gebildet werden. Ende 2010 betragen diese ca. 32 Mrd. Euro. Bei der Bildung dieser Gesamtrückstellungen ist keine klare Zuordnung zu den einzelnen AKWs möglich, außerdem kann von den zuständigen Länder- und Bundesgremien nicht nachvollzogen werden, wie sich die Höhe der zu bildenden Rückstellung bemisst. Sowohl zu hohe als auch zu niedrige Rückstellungen wirken sich negativ aus. Unser Antrag sieht deshalb vor, bei der Novellierung des Atomgesetzes eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die für Transparenz beim Verfahren zur Bestimmung der angemessenen Höhe und Verteilung der Rückstellung sorgt.

10 Jahre EEG – Zukunftsfahrplan für ein nachhaltiges Energiesystem

Die Bilanz des im Februar 2000 beschlossenen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist durchweg positiv. Rund 17 Prozent der deutschen Stromversorgung stammt derzeit aus erneuerbaren Quellen, etwa 370.000 Menschen sind in der Branche beschäftigt. Das EEG ist das zentrale Instrument, diese Entwicklung hin zu einem nachhaltigen, effizienten, bezahlbaren und sicheren Energiesystem fortzusetzen. Das konkrete Ziel muss sein, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf mindestens 35 Prozent zu erhöhen und bis spätestens 2050 eine Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien zu erreichen. Dazu müssen heute die Weichen gestellt werden. Mit verschiedenen Maßnahmen muss das System an die Anforderungen der erneuerbaren Energien angepasst werden. So muss das Grünstromprivileg als derzeit einziges Anreizinstrument zur Marktintegration erneuerbarer Energien erhalten bleiben. Auch Fragen bezüglich des Netzausbaus sowie der Förderung von Forschung und Entwicklung müssen beantwortet werden. Wir brauchen einen Runden Tisch „Energiesystem“, um den Umbau des Energiesystems mit allen Akteuren gemeinsam umzusetzen.

Das Energieprogramm der SPD

Deutschland braucht wieder einen breiten Konsens in der Energiepolitik, der diesmal auch über die Wahltag hinaus reicht. Dazu hat die **SPD ein Energieprogramm (siehe Anlage)** vorgelegt. Kernziel ist, die Energieversorgung in Deutschland bis 2050 CO₂-frei, auf Basis erneuerbarer Energien zu gestalten. Deutschlands Energiepolitik muss sich auf drei Säulen stützen: Die Energie muss umweltverträglich erzeugt werden, sie muss als Teil der Daseinsvorsorge für Verbraucher bezahlbar und in ihrer Versorgung sicher sein. Unter diesen Prämissen soll der Umbau der Energieversorgung gestaltet werden. Energiemarkt 2.0, intelligente Netze, Smart Grid: Das sind Schlagworte, die ein neues Energieversorgungssystem beschreiben. Sie kennzeichnen ein Marktdesign, das nicht mehr den reinen Verkauf von Kilowattstunden zum Ziel hat. Moderne Energiedienstleistung besteht darin, Verbrauch, Erzeugung und Speicherung aufeinander abzustimmen.

Effizienz und europäische Dimension

Ein wichtiger Baustein guter Energiepolitik sind Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und zur Energieeinsparung. Die Energieproduktivität muss analog zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bis 2020 gegenüber 1990 verdoppelt werden. Beim Energiegipfel der Europäischen Union im Februar ist es der Regierung nicht gelungen, diesbezügliche Ziele schriftlich zu verankern. Die SPD bleibt bei ihrer Forderung nach einer europäischen Effizienzstrategie.

Ihre

